

Aufnahme junger Flüchtlinge aus griechischen Camps: Stellungnahme der FLU zum Antrag des Integrationsrats Unna

Von
Redaktion

18. Februar 2020



Junger Asylbewerber am Hafen. (Fotoquelle: Pixabay)

Die Stadt Unna soll sich per Ratsbeschluss zur freiwilligen Aufnahme zusätzlicher Geflüchteter bereit erklären – über das Regelkontingent hinaus. Konkret sollen unbegleitete Minderjährige (UMF) aus den griechischen Flüchtlingslagern aufgenommen werden.

Zu diesem [Antrag des Integrationsrates Unna \(wir berichten HIER\)](#) schickte uns die **Freie Liste Unna (FLU)** am Dienstagabend, 18. 2., eine Stellungnahme, hier im Wortlaut wiedergegeben.



Klaus Göldner, FLU. (Foto FLU)

Zusätzliche einmalige Aufnahme von Flüchtlingen aus griechischen Flüchtlingscamps

hier:

Antrag des Integrationsrates der Kreisstadt Unna

Flucht, Vertreibung und Elend stellen die Welt zunehmend vor große Probleme. Im Hinblick auf die immer weiter zunehmende Globalisierung kann es nur durch gemeinsame internationale Anstrengungen gelingen, Fluchtursachen in den jeweiligen Herkunftsländern zu verringern. Dem Elend auf der Welt kann nur durch eine gerechtere Ressourcenverteilung begegnet werden.

Bis zur Umsetzung nachhaltiger Lösungen, werden bedrohte Menschen weiterhin in Länder zu gelangen versuchen, in denen sie ohne Angst und Elend leben können. Viele Menschen werden dabei auch weiterhin zu Lande und zu Wasser umkommen, was eine menschliche Katastrophe darstellt. Die Bundesregierung muss deshalb im Konsens mit der Weltgemeinschaft und den anderen Europäischen Staaten handeln. Legal nach Deutschland gelangende Flüchtlinge sind im Rahmen nachvollziehbarer Verteilerschlüssel nach gerechten Kriterien auf alle Bundesländer und Kommunen zu verteilen.

Die Versorgung und Integration zugewanderter Menschen mit Bleiberecht stellt die Kommunen vor immense finanzielle Probleme, zumal sie dabei immer weniger durch Land und Bund unterstützt werden. Sicher ist, dass Sonderlösungen die bestehenden Probleme nicht lösen werden.

Die Kreisstadt Unna hat sich im vergangenen Jahr, nach teils heftigen und kontroversen Diskussionen, dem Städtebündnis „Sichere Häfen“ angeschlossen. **Die Diskussion wurde zeitweise polemisch geführt und Gegnern des Bündnisses zuweilen Unmenschlichkeit unterstellt.** Anfängliche Beteuerungen, der Beitritt sei vorrangig **symbolisch und nicht mit Kosten verbunden, sind offensichtlich unwahr.**

Ohne Wissen des Rates wurden in der Winterpause bereits **Sondierungsgespräche mit anderen beteiligten Kommunen** über konkrete Maßnahmen geführt.

Soeben hat die Stadt **Dortmund eine Sonderaufnahme von unbegleiteten jugendlichen Flüchtlingen** beschlossen und gleichzeitig festgestellt, dass die Stadt **dazu erforderliche Mittel allein zu tragen hat.**

Nun hat der Integrationsrat der Kreisstadt Unna den Antrag gestellt, Unna möge seine Aktivitäten, über die Seenotrettung hinaus, auch auf die Aufnahme von unbegleiteten Jugendlichen erweitern, die sich zurzeit auf den griechischen Inseln aufhalten.

Dieser Sonderweg ist strikt abzulehnen, da er für Unna bei fehlender Unterstützung des Landes schlicht nicht finanzierbar ist.

Dem Bündnis „Sichere Häfen“ sind bundesweit gerade einmal **41 Kommunen** beigetreten.

Ich denke, auch diese Zahl belegt, dass dieser Weg nicht der Richtige sein kann.

Mit freundlichen Grüßen

Klaus Göldner

– Fraktionsvorsitzender –

„Sicherer Hafen Unna“ soll junge Geflüchtete aus griechischen Camps aufnehmen

Von **Redaktion**

18. Februar 2020



Symbolbild - Pixabay

Als eine der bundesweit 41 Städte im Seenotrettungsbündnis „Sicherer Hafen“ soll Unna in einem **Sonderweg zusätzliche junge Flüchtlinge aus den griechischen Camps aufnehmen.**

Dies [regt der Integrationsrat der Stadt Unna an](#). Die Kreisstadt solle mit einer solchen **Bereitschaftserklärung** über die gesetzliche Aufnahmeverpflichtung hinaus **„Druck auf die Bundesregierung“** machen. Denn diese entscheidet, ob dieser Sonderweg überhaupt rechtlich statthaft ist.

Die verpflichtenden Aufnahmezahlen für jede Kommune regelt das Flüchtlingsaufnahmegesetz (FlüAG) bzw. das Sozialgesetzbuch (SGB) VIII für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF).

- [Unbegleitete Minderjährige nimmt Unna seit Jahren bereits über Soll auf.](#) Die Unterbringung, Betreuung und Versorgung dieser jungen Menschen ist mit durchschnittlich 5000 Euro pro Monat erheblich aufwändiger als reguläre Flüchtlingsunterbringung, sie unterliegt strengen Vorgaben, denen sich die Stadt nicht entziehen kann.

[Hier berichteten wir über den Komplex UMF und die anfallenden Kosten.](#)

Der Integrationsrat findet jedoch, Unna kann, soll, nein müsse (sich) das leisten.

So schreibt die Vorsitzende Ksenija Sakelsek in ihrer Anregung (der Integrationsrat hat per definitionem lediglich beratende Funktion):

Der Rat solle – [wie beim jüngsten Treffen von 16 NRW-Städten des Bündnisses Sichere Häfen in Bielefeld besprochen](#) – die NRW-Regierung bitten, diese Menschen **ohne Anregung auf die Erstverteilungsquote** in NRW aufzunehmen.

„Die Stadt Unna erklärt sich zugleich bereit, die Geflüchteten **nach Abschluss des Asylverfahrens** in Höhe des erklärten Kontingents **ohne Anrechnung auf die Aufnahmequote unterzubringen.**“

Hierfür solle die **Bundesregierung** ein gesondertes Verfahren mit Griechenland aushandeln.

„Auch viele andere Bündnis-Städte wollen unbegleitete Minderjährige aus einem solchen Programm zusätzlich aufnehmen. **Unna war und ist eine solidarische Stadt**, die auch bei der Aufnahme von Flüchtlingen immer einer humanitären Linie gefolgt ist.“

Weiter heißt es:

„Das Schicksal der Kinder in den griechischen Camps darf niemanden kalt lassen.“ Rund 4000 unbegleitete Minderjährige saßen derzeit „unter menschenunwürdigen Bedingungen“ in den Lagern auf den griechischen Inseln fest.

- [Lesen Sie dazu auch die Stellungnahme der Freien Liste Unna \(FLU\)](#)